

TEXT PODCAST

11. November 2010

Sendefähige O-Töne : Die verbraucherpolitischen Sprecher zum VIG I

Link zur Pressemitteilung <http://www.vzbv.de/go/presse/1413/index.html>

Beim Thema Verbraucherinformation tut sich was

O-Töne mit

- **Dr. Rainer Metz, Unterabteilungsleiter Verbraucherschutz im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)**
- **Peter Bleser, verbraucherpolitischer Sprecher CDU/CSU**
- **Elvira Drobinski-Weiß, verbraucherpolitische Sprecherin SPD**
- **Caren Lay, verbraucherpolitische Sprecherin DIE LINKE**
- **Nicole Maisch, verbraucherpolitische Sprecherin Bündnis 90/ Die Grünen**
- **Dr. Erik Schweickert, verbraucherpolitischer Sprecher FDP**

O-Ton 1 Dr. Rainer Metz, Unterabteilungsleiter Verbraucherschutz im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (1:15Min) Zum aktuellen Sachstand des VIG

Was schwierig zu lösen ist, und das wird jetzt einfach die Aufgabe der Politik in den nächsten Wochen sein, die Streitpunkte zu klären. Wenn Sie sich die Übersicht angucken, die wir gemacht haben im Evaluationsbericht: es gibt praktisch keinen Punkt, der unstrittig ist - teilweise natürlich zu erwarten zwischen Verbraucherverbänden und Wirtschaftsverbänden, dass die bestehen, teilweise innerhalb der Verbraucherverbände, teilweise innerhalb der Bundesländer, die unterschiedlichen Auffassungen.

Aber selbst Punkte, die eigentlich völlig anwendungsfrei sind, wo es in zwei Jahren überhaupt keinen Streit gegeben hat in irgendeinem praktischen Fall, sind eben für die eine oder andere Seite so problematisch, dass nichts unstrittig ist. Und deswegen bleibt es jetzt aus meiner Sicht der Politik überlassen, in den nächsten Wochen und Monaten zu entscheiden: welche Punkte sollen denn nun wie geregelt werden?

Dazu kann ich Ihnen abschließend noch sagen, wie in etwa die nächsten Schritte aussehen. Die Leitung unseres Hauses führt derzeit die politischen Gespräche. Wir erwarten bis, sage ich mal vorsichtig, Mitte Dezember eine Hausabstimmung. Wir erwarten für Anfang nächsten Jahres eine Ressortabstimmung. Und wir erwarten eine Versendung eines Referentenentwurfes hoffentlich noch für diesen Winter.

O-Ton 2 Peter Bleser, verbraucherpolitischer Sprecher CDU/CSU (1:30Min)
Wo soll das VIG nachgebessert werden?

Die Anzahl der Anfragen ist kein Gradmesser über die Wirkung des Gesetzes. Denn ein Unternehmen, das Nachfragen fürchtet, verhält sich im Vorhinein schon anders. Und das ist dann auch die positive Wirkung, die auch beabsichtigt war. Insofern messe ich den Anfragen in der Zahl nicht die Bedeutung zu, dass man damit einen Erfolg des Gesetzes in der einen oder anderen Weise bewerten könnte.

Also ich halte das für den Einstieg in eine Verbraucherpolitik, der über viele Jahre ja mit Vorlauf vor zwei Jahren gelungen ist, der sich jetzt aber fortsetzt. Wir haben jetzt vor, noch die Plattform „Wahrheit und Klarheit“ zu schalten. Ich glaube, auch die Technik im Markt - so Telekommunikationsgesetz, Datentransfermöglichkeiten - die hat auch eine Veränderung im Verbraucherleben mit herbei geführt. Und da braucht es auch andere rechtliche Rahmen. Und ich glaube, das wird mit dieser Politik aufgegriffen, das sage ich mal jetzt für alle Fraktionen, aber mit unterschiedlicher Diktion.

Wir haben uns damals sehr lange darüber gestritten, ob Informationen verbreitet werden müssen oder sollen. Und da steht `wir sollen` drin. Aber es soll grundsätzlich bei Verstößen auch pro-aktiv veröffentlicht werden, bei Verstößen nach den im Gesetz vorgesehenen Regularien. Natürlich muss das Unternehmen erst noch einmal befragt werden. Das ist doch vollkommen klar. Denn wir sind in einem Rechtsstaat. Aber das ist ein erster Schritt, der sich jetzt auch verfestigt hat. Wir sind ja in der aktiven Diskussion, wir sind ja noch gar nicht fixiert.

O-Ton 3 Elvira Drobinski-Weiß, verbraucherpolitische Sprecherin SPD (1:04Min)
Wo soll das VIG nachgebessert werden?

Wir haben ja seinerzeit bereits die Evaluierung eingefordert, weil wir natürlich bei der Verabschiedung mit unseren weitergehenden Vorschlägen leider gescheitert waren. Und wir finden, dass hier keineswegs die sogenannte Klarheits- und Wahrheitsförderung der CDU verwirklicht ist, sondern dass sehr viel mehr der Verbraucher, die Verbraucherin schon enorme Schwierigkeiten hat, einfachen Zugang zu bekommen zu Informationen, zur Zusammensetzung von Produkten.

Insofern halten wir es also für wichtig, dass hier diese Evaluierung schleunigst umgesetzt wird. Allerdings nicht in der Form, wie es momentan geplant ist.

Wir können auch sagen, vor allen Dingen auch eine aktive Auskunft oder ein aktives Verhalten der Behörden fordern. Und das ist momentan nicht gegeben. Ich halte es auch für wichtig, sofort etwa die Ergebnisse von Untersuchungen unverzüglich zu veröffentlichen, die gemacht worden sind, aber auch beispielsweise wenn Gefahren da sind.

O-Ton 4 Caren Lay, verbraucherpolitische Sprecherin DIE LINKE (1:37Min)
Wo soll das VIG nachgebessert werden?

Wir sind der Auffassung, dass das Gesetz in der gegenwärtigen Form nicht geeignet ist, diese Behördenkultur, die Geheimniskrämerei sozusagen in den Amtsstuben umfassend zu beenden. Es haben ja auch die Praxistests der Verbraucherverbände oder anderer NGO ergeben, dass zum Teil auch in den Behörden noch Unkenntnis über das Gesetz vorhanden ist. Deswegen sagen wir, ist der Gesetzgeber jetzt gefragt, auch die Stellschrauben zu bedienen, die wir als Politik haben. Und das ist eben eine Gesetzesänderung.

Aus unserer Sicht muss der Geltungsbereich des Gesetzes ausgeweitet werden. Der Bereich Telekommunikation, der Bereich Finanzen – das ist ja alles nicht vom VIG derzeit abgedeckt. Ich glaube dass es nicht mehr zeitgemäß ist und man hier über Ausweitung auf weitere Bereiche nachdenken muss.

Und dann muss sich auch im Gesetzesvollzug einiges ändern, und zwar auch durch verbindliche rechtliche Regelungen. Das eine ist zum Beispiel eine Verkürzung der Wartezeiten. Das muss aus unserer Sicht verkürzt werden. Es muss dort auch Maximalfristen geben. Auch die Kostenfrage muss aus unserer Sicht nochmal anders geklärt werden. Es hat ja Beispiel gegeben aus meinem Bundesland Sachsen, wo doch zahlreiche Anfragen im Grunde von den Verbraucherinnen und Verbrauchern zurückgezogen wurden, weil sie dort dann eine Auskunft bekommen haben: es wird in etwa 500 Euro kosten. Also da fragt man sich natürlich: wer kann sich so etwas leisten? Auch hier muss aus unserer Sicht nachjustiert werden.

Und wir sollten aus meiner Sicht auch soweit gehen, dass wir sagen: es müssen auch Ross und Reiter genannt werden, wenn hier tatsächlich auch Verstöße vorliegen.

O-Ton 5 Nicole Maisch, verbraucherpolitische Sprecherin Bündnis 90/ Die Grünen (1:51Min)

Wo soll das VIG nachgebessert werden?

Also ich glaube, man ist mit einem großen Anspruch gestartet. Der Praxistest hat gezeigt, dass man diesen Ansprüchen nicht gerecht werden konnte. Es gab keinen grundsätzlichen Wandel in der Informationskultur. Dazu war das Gesetz, glaube ich auch, nicht wirklich ausgelegt. Wenn man sich das anguckt: es gibt keine Auskunftsansprüche gegenüber Unternehmen. Es sind nur sehr beschränkte Produkte.

Es gibt keine zeitlichen Fristen. Vor allem die Deutsche Umwelthilfe hat bei uns in der Anhörung sehr, sehr hart kritisiert, dass sie bei bestimmten gesundheitsrelevanten Fragen, die sie gestellt haben, monatelang warten mussten. Und dann sind die Getränke ausgetrunken, die Nahrung verzehrt. Dann braucht man die Information auch nicht mehr. Das heißt: hier in der Systematik des Gesetzes noch große Mängel, die wir beheben wollen.

Und ich glaube, das muss auf zwei Ebenen passieren. Die Behörden brauchen mehr Rechtssicherheit, wenn sie Informationen pro-aktiv nach außen geben. Und diejenigen, die sich an die Behörden wenden, brauchen mehr Auskunftsrechte. Und da geht es eben um Fristen, wie das was die Deutsche Umwelthilfe kritisiert hat. Da geht es auch um Klarheit, was Gebühren angeht. Entscheidend ist, dass von vornherein klar ist: wie teuer wird es, um Verbraucher nicht abzuschrecken. Und da ist es klar, dass es nach oben hin auch eine Grenze geben muss. Ich finde es aber auch logisch, dass Journalisten oder Verbände für den Service auch eine bestimmte Gegenleistung leisten. Da ist man, denke ich, im Moment noch etwas zu hoch mit den Gebühren. Vor allem ist es intransparent. Also wenn ich dem Verbraucher sage, das könnte jetzt 500 Euro kosten und eigentlich wollte ich nur wissen, ob das Duschgel, mit dem ich mich morgens dusche, jetzt giftig ist oder nicht, dann steige ich auf ein anderes Produkt um. Und dann ist im Markt kein besserer Wettbewerb entstanden, weil die 500 Euro mich abschrecken. Deshalb bin ich da für eine realistische Lösung, sie sich nicht mit Klecker-Beträgen aufhält und eben von vornherein klar sagt: wie teuer wird das.

**O-Ton 6 Dr. Erik Schweickert, verbraucherpolitischer Sprecher FDP (1:26Min)
Wo soll das VIG nachgebessert werden?**

Also ich glaube, das VIG hat das Potenzial, zu einem wirklichen Wandel beizutragen. Denn all die Diskussionen, die wir jetzt haben, gehen ja darum: wenn ich in die Dönerbude gehe, will ich nicht erst im Internet recherchieren müssen, ob ich da hingehen kann. Deswegen sind zum Beispiel solche Initiativen wie jetzt unter dem Stichwort `Smiley` - unabhängig davon wie der aussieht – auf so einer Grundlage. Es geht ja darum: wir als FDP stehen für einen effizienten Verbraucherschutz. Das heißt: wir wollen, dass der Verbraucherschutz auch einfach eingefordert werden kann vom Verbraucher. Also mir ist lieber, ich habe nicht bis ins letzte Detail alles drin, muss aber dafür nicht 30 Seiten ausfüllen wie bei manchen Rückerstattungen oder so etwas.

Deshalb bin ich der Meinung, dass das VIG die Grundlage bieten kann, dass wir einen einfachen Zugang zu Informationen haben. Wie zum Beispiel beim Smiley: da brauche ich nicht viel lesen, da habe ich es drin.

Mir ist das zu formalistisch im Moment noch, wie es gehandhabt wird. Und ich muss auch sagen: ich akzeptiere, dass man sagt: es gibt immer First Mover, die bei so etwas vorangehen. Aber wir wollen ja ein Gesetz machen für die Verbraucher, weniger für den Verbraucherzentrale Bundesverband. Und da denke ich, da muss dieses Gesetz noch transparenter werden, einfacher. Und vor allem muss vorher klar sein, wenn ich eine Information einhole: was kostet mich das, wenn es was kostet. Das sind alles Punkte, die müssen reformiert werden. Und wir wollen die drei Gesetze zusammenführen. Ich glaube, auch dann hätten wir einiges noch erreicht.

O-Töne von Karsten Zummack, wittenberg_media